



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 13
Dienstag, 27. November 2012
18:02 - 19:53 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 12.03.2013

Vorsitz:	Dr. Raphaël Rohner	FDP
Protokoll:	Veronika Michel	
Stimmzähler:	Dr. Cornelia Stamm Hurter Beat Steinacher	SVP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 33 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	SR Peter Käppler Till Hardmeier Walter Hotz	Baureferent JFSH SVP
Schluss der Sitzung:	Kurt Zubler	SP

TRAKTANDEN

1	Volksmotion "Faire Referendumsfristen" vom 15. Oktober 2012	Seite 6
2	Postulat Christine Thommen vom 30. Oktober 2012: Mehr Frauen in den Chefetagen der Städtischen Verwaltung!	Seite 12

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

12.07.2011	VdSR Verkauf von Baurechtsgrundstücken	SPK
06.03.2011	VdSR Finanzieller Beitrag an das private Projekt FCS Park	GPK
22.05.2012	VdSR Sport- und Veranstaltungshallen Stahlgiesserei - ein Projekt im Rahmen von "Zukunft Stadtleben"	FK Bau
17.07.2012	VdSR Bericht des Stadtrats zur Motion Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen"	GPK
07.08.2012	VdSR Masterplan Gestaltung Rheinufer, Teilprojekt 2: Gestaltung Freier Platz/Schifflande	FK Bau
21.08.2012	Postulat Till Hardmeier (JFSH): Mehr Rhein für Schaffhausen	
11.09.2012	VdSR Strukturreform Stadtschulrat Modell "Vorsteher+"	FK Soziales
18.09.2012	VdSR Botschaft des Stadtrats an den Grossen Stadtrat zum Voranschlag 2013	GPK
18.09.2012	Postulat Kurt Zubler (SP): Erstellung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie auf städtischen Liegenschaften	
25.09.2012	VdSR VBSH/RVSH: Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen	SPK
16.10.2012	VdSR Tempo-30-Zone im Quartier Pantli	FK Bau
20.11.2012	VdSR Erweiterung Schulanlage Breite	
26.11.2012	VdSR Ergänzung der Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Stadtrats	GPK
27.11.2012	VdSR Künzle-Heim, Entflechtung der Eigentumsverhältnisse	FPK

Kleine Anfragen 2012

- Thomas Hauser (FDP): Schliessung von Poststellen in der Stadt Schaffhausen vom 7. September 2012
- Walter Hotz (parteilos): Zusammenlegung in der Verwaltung - keine Königdisziplin des Stadtrats? vom 10. September 2012
- Urs Tanner (SP): NAGRA-Skandal vom 8. Oktober 2012
- Walter Hotz (parteilos): Kein Sparwille beim Stadtrat vom 22. November 2012

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Volksmotion vom 15. Oktober 2012: "Faire Referendumsfristen"

Die Volksmotion wird von Res Hauser (JFSH) begründet, von Stadtpräsident Thomas Feurer beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt die Volksmotion in seiner Schlussabstimmung mit 17:11 Stimmen nicht erheblich.

Traktandum 2 Postulat Christine Thommen (FDP) vom 30. Oktober 2012: Mehr Frauen in die Chefetagen der städtischen Verwaltung

Das Postulat wird von Christine Thommen (FDP) begründet, von SR Peter Neukomm beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Postulat wird vom Grosse Stadtrat in seiner Schlussabstimmung unter Namensaufruf mit 16 : 12 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, überwiesen.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, eröffnet die Sitzung Nr. 13 vom 27. November 2012 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin und der Herren Stadträte sowie der Medienberichterstatter und der Gäste auf der Tribüne.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Kleine Anfrage von Walter Hotz (parteilos) vom 22. November 2012: Kein Sparwille beim Stadtrat
- Finanzplan 2013-2016 der Stadt Schaffhausen
- Flyer Regionaler Naturpark Schaffhausen
- Newsletter Axpo
- VdSR VBSH/RVSH: Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen vom 25. September 2012, mit Eingangsdatum 9. November 2012. Das Büro schlägt eine Zuweisung zur Vorberatung in die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vor. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- VdSR betreffend Ergänzung der Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Stadtrats vom 26. November 2012. Das Büro schlägt eine Zuweisung zur Vorberatung in die GPK vor. Dieses Geschäft wurde in der GPK bereits vorbesprochen und mit dem Pensionskassenspezialisten Rainer Schmidig geklärt. Gemäss Aussage der Stadtkanzlei ist die Behandlung der Vorlage dringlich. Es ist vorgesehen, die Vorlage an der Ratssitzung vom 18. Dezember 2012 zu beraten. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- VdSR Künzle-Heim, Entflechtung der Eigentumsverhältnisse vom 27. November 2012. Das Büro schlägt eine Zuweisung zur Vorberatung in die GPK vor. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- VdSR Erweiterung Schulanlage Breite vom 20. November 2012. Die Zuteilung erfolgt an der nächsten Bürositzung.

Verhandlungsbereit gemeldetes Geschäft:

Die VdSR Tempo-30-Zone im Quartier Pantli vom 16. Oktober 2012 wurde von der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit mit Antrag auf Behandlung im vereinfachten Verfahren verhandlungsbereit gemeldet. Das Geschäft wird ebenfalls auf die Ratssitzung vom 18. Dezember 2012 traktandiert.

Mitteilung des Ratspräsidenten:

Die als Reservesitzung am 18. Dezember 2012 geplante Ratssitzung wird somit stattfinden (mit anschliessendem Apéro zum Abschluss der Legislatur und des Jahres 2012).

Wortmeldung von Urs Tanner (SP):

Die SP/AL-Fraktion stellt den Rückkommensantrag, dass die VdSR VBSH/RVSH: Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen vom 25. September 2012, mit Eingangsdatum 9. November 2012, einer 9er Spezialkommission zugewiesen wird.

Abstimmung Rückkommen:

Der Grosse Stadtrat heisst den Rückkommensantrag von Urs Tanner (SP) mit 14:13 Stimmen gut.

Schlussabstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst die Zuweisung zur Vorberatung der VdSR VBSH/RVSH: Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen vom 25. September 2012 in eine 9er Spezialkommission mit 15:14 Stimmen gut.

Die Zusammensetzung der Spezialkommission wird an der ersten Ratssitzung vom 15. Januar 2013 bestimmt.

PROTOKOLL

Das Protokoll der Sitzung Nr. 11 vom 30. Oktober 2012 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Es liegt zur Einsichtnahme bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch auf. Begehren auf Änderungen sind innert 10 Tagen dem Ratsbüro mitzuteilen. Das Protokoll gilt somit unter dem Vorbehalt von Art. 32 Abs. 3 und 4 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats als genehmigt.

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 12 vom 13. November 2012 ist vom Büro überprüft worden. Es wird an der nächsten Bürositzung genehmigt und an der Ratssitzung vom 11. Dezember 2012 aufgelegt.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Alfred Tappolet (SVP)

Persönliche Erklärung

"Es ist noch in der Geschichte des Grossen Stadtrates noch nie vorgekommen, dass wir zwei unbedeutende Traktanden auf einer Traktandenliste haben und zu einer Ratssitzung einladen. Im Zeichen der Sparmassnahmen der Stadt Schaffhausen finde ich es eine Verschleuderung von Sitzungsgeldern, wenn für diese zwei Traktanden der gesamte Rat einberufen wird und Sitzungsgelder ausgezahlt werden. Die für heute Abend vorgesehenen zwei Traktanden sollten schnell abgehandelt werden, damit nur das halbe Sitzungsgeld ausgezahlt werden muss.

Der **Ratspräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)** weist darauf hin, dass die heutige Sitzung wegen dringlicher Zuweisungen von Geschäften auf Wunsch des Stadtrats durchgeführt werden musste. Auf die Hälfte des Sitzungsgeldes zu verzichten, wäre ein vernünftiger Entscheid, darüber sollte jedoch am Ende der Sitzung abgestimmt werden.

Traktandum 1 Volksmotion "Faire Referendumsfristen" vom 15. Oktober 2012

Res Hauser (JFSH)**Begründung**

"Es freut mich, dass ich heute im Namen der Jungfreisinnigen die Volksmotion "Faire Referendumsfristen" begründen darf. Die Jungfreisinnigen, mit Erstunterzeichner Alain Illi, fordern in dieser Volksmotion, dass der Stadtrat alle notwendigen Schritte einleitet, um die Referendumsfrist in der Stadtverfassung von 30 auf 60 Tage zu erhöhen.

Im Vergleich zum Kanton Schaffhausen muss man in der Stadt Schaffhausen für ein Referendum ungefähr doppelt so viele Unterschriften pro Tag sammeln. Im Kanton Schaffhausen braucht man nämlich 1000 Unterschriften in 90 Tagen. In der Stadt sind es aktuell 600 Unterschriften innert 30 Tagen.

Einen Beschluss des Grossen Stadtrates zu korrigieren, ist in diesem Zeitraum für einen normalen Bürger ohne starke Partei im Rücken eine fast unmögliche Aufgabe. Dies muss geändert werden, da das Instrument des Referendums genau für solche Bürger da ist. Je nach Zeitpunkt des Beschlusses ist es ein Ding der Unmöglichkeit, 600 Unterschriften in 30 Tagen zu sammeln. Liegt der Zeitpunkt nämlich in der Weihnachtszeit oder in den Schulferien, ist es denkbar ungünstig.

Mit der neuen Stadtverfassung wurde der angestrebte Ausbau der Volksrechte in diesem Punkt verfehlt. Denn auch wenn der Zeitpunkt für das Referendum in einer guten Jahreszeit liegt, sind 30 Tage knapp bemessen. In den ersten Tagen muss man das Referendum vorbereiten und für einen 100%-erwerbstätigen Bürger bleiben dann noch knappe 2 - 3 Samstage, um 600 Unterschriften zu sammeln. Zudem sind die Leute immer mehr durch die Arbeit eingebunden. Es ist nicht mehr unüblich, dass ausserhalb des Kantons gearbeitet wird. Dies hat zur Folge, dass unter der Woche kaum gesammelt werden kann. Schlussendlich bleibt also tatsächlich nur noch der Samstag, um Unterschriften zu sammeln. Die Anzahl von 30 Tagen ist heute noch die gleiche wie früher, die tatsächliche Sammelzeit hat sich jedoch reduziert.

Mit ihrer Volksmotion wollen die Jungfreisinnigen dieser Ungerechtigkeit entgegenwirken und die Volksrechte stärken. Die bürgerlich-liberale Fraktion schliesst sich dieser Forderung einstimmig an."

SR Thomas Feurer**Stellungnahme Stadtrat**

" Der Stadtrat nimmt gerne zur Volksmotion Stellung und begründet seine Ablehnung wie folgt. Wir sind nicht immer gegen alle Vorstösse, die von den Jungfreisinnigen eingereicht werden. Dies haben wir beim Thema Weidlinge bewiesen.

Der Titel der Volksmotion erweckt den Eindruck, die geltende Referendumsfrist unserer Stadtverfassung sei unfair. Der Stadtrat teilt diese Auffassung nicht. Die Referendumsfrist wurde unverändert aus der Verfassung von 1918 übernommen. Unter dem Titel "Weiterhin tiefe Hürden für Volksentscheide" wurde im Abstimmungsmagazin zur Totalrevision der Stadtverfassung vom September 2011 dazu Folgendes ausgeführt:

"Obwohl sich die Zahl der Stimmberechtigten seit 1918 von 10'690 auf 21'600 mehr als verdoppelt hat, wird die Unterschriftenzahl für das fakultative Referendum auf

dem tiefen Niveau der geltenden Verfassung belassen. Damit können weiterhin 600 Stimmberechtigte relativ einfach eine Volksabstimmung verlangen.“

Seither hat die Zahl der Stimmberechtigten nochmals zugenommen. Sie beträgt heute 22'000.

600 Unterschriften bedeutete damals, dass 5,6% der Stimmberechtigten ein Referendum unterschreiben mussten. Heute sind es noch 2,7% der Stimmberechtigten.

Aber nicht nur die höhere Zahl der Stimmberechtigten hat das Ergreifen des Referendums erleichtert. Vor dem Siegeszug des Internets mussten die Unterschriften ausnahmslos auf Strassen und Plätzen persönlich gesammelt oder mit zeit- und kostenaufwändigem Postversand eingeholt werden. Heute können Unterschriftenbögen per E-Mail verschickt oder im Internet heruntergeladen, ausgedruckt und eingeschickt werden. Dies ersetzt zwar das persönliche Engagement am Stand auf dem Fronwagplatz und die Informationsarbeit in den Medien nicht. Es erleichtert aber das Zusammenbringen der nötigen Unterschriften doch ganz erheblich.

Fazit: Die heutige Regelung ist durchaus fair und das Ergreifen des Referendums ist gegenüber früher leichter geworden. Dass die Schaffhauser Regelung durchaus fair ist, zeigt auch ein Vergleich mit anderen Schweizer Städten im Raum Zürich und Ostschweiz. Eine Referendumsfrist von 30 Tagen kennen Zürich, Winterthur, Uster, St. Gallen, Wil, Weinfelden, Chur und auch Zug. Die 30 Tage stellen damit zumindest in der Region Zürich und in der Ostschweiz eine allgemein anerkannte Frist dar. Auch mit den erforderlichen 600 Unterschriften ist Schaffhausen im Vergleich mit anderen Städten referendumsfreundlich.

Eine längere Referendumsfrist kennt in unserem näheren Umfeld lediglich Frauenfeld mit 45 Tagen. Allerdings ist dort die Unterschriftenzahl mit 500 im Vergleich zur Bevölkerung - Frauenfeld hat nur 23'500 Einwohnerinnen und Einwohner - prozentual höher als in Schaffhausen.

Die relativ kurze Referendumsfrist hat aber auch sachliche Gründe. Die drei wichtigsten sind:

1. Die Sammelfrist steht auf kommunaler Ebene wirklich für das Sammeln zur Verfügung. Anders als beim Bund reicht es, wenn die Referendumsbogen innert Frist beim Stadtrat beziehungsweise der Stadtkanzlei eingereicht werden. Die Unterschriften müssen nicht vorher beglaubigt werden. Fristversäumnisse wegen Verzögerungen bei der Beglaubigung, wie sie im Zusammenhang mit den Referenden gegen die Abgeltungssteuerabkommen vor kurzem vorkamen, sind damit ausgeschlossen.
2. Der zeitliche Aspekt wichtig: Auf Gemeindeebene ist das fakultative Referendum vor allem beim Budget, beim Steuerfuss und bei Ausgabenbeschlüssen bedeutsam. Wird das Referendum ergriffen, so verzögert sich die Umsetzung der Parlamentsentscheide um drei bis sechs Monate. Dies ist insbesondere beim Budget- und Steuerfussreferendum problematisch. Kann das Budget nicht rechtzeitig in Kraft treten, so sind die bewilligten Kredite während Monaten blockiert. Es gilt in diesem Fall das finanzielle "Notregime" nach dem Gemeindegesetz, das neue Investitionen

weitgehend blockiert. Deshalb hat wohl der Kanton Schaffhausen die Frist für das Referendum gegen den Voranschlag mit Änderung des Steuerfusses auf 30 Tage festgelegt. Der Hinweis der Motionäre auf die 90-Tage-Frist des Kantons stimmt daher für diese Form des Referendums nicht.

3. Das Referendum muss auch im Zusammenhang mit der verfassungsrechtlichen Aufgabenteilung gesehen werden: Das fakultative Referendum gilt für Sachfragen und Entscheide, die von der Verfassung an sich in die Kompetenz des Parlaments delegiert wurden. Werden die Hürden für das fakultative Referendum sehr tief angesetzt, so kann die Zuständigkeit des Parlamentes ohne weiteres und mit geringem Aufwand ausgeschaltet werden. Damit würde die Funktion des Grossen Stadtrates ein Stück weit entwertet. Es gilt daher, beim Festlegen der Unterschriftenzahl und der Einreichungsfrist für das fakultative Referendum einen guten Mittelweg zu finden. Die nun bald 100 Jahre geltende Regelung mit 600 Unterschriften innert 30 Tagen stellt nach Auffassung des Stadtrates genau diesen Mittelweg dar: Die Hürde ist tief genug, um mit vertretbarem Aufwand und ohne grosse Probleme überwunden werden zu können. Gleichzeitig ist sie aber auch hoch genug, um sicherzustellen, dass seitens der Referendumsträger ein ernsthaftes Engagement vorliegt. Die Erfahrung zeigt, dass die nötigen Unterschriften bei einem solchen Engagement innert kurzer Zeit immer zusammenkommen. Die aktuellen Beispiele kennen Sie: Es sind in diesem Jahr die Referenden gegen die Sanierung und Aufwertung der Rhybadi und gegen den Verkauf der Parzelle Hohberg ergriffen worden. Beispiele gescheiterter Unterschriftensammlungen für fakultative Referenden aus neuerer Zeit fehlen demgegenüber.

Zwar schreiben die Motionäre, dass das Referendum in der Stadt je nach Zeitpunkt des Beschlusses schlicht unmöglich sein könne. Dies beispielsweise, wenn die Sammelfrist auf die Ferienzeit oder die Weihnachtszeit falle. Dass dies nicht zutrifft, zeigen die beiden Steuerfussreferenden von 1995 und 2002 sowie das Budgetreferendum von 2005. Bei allen drei fiel die Sammelfrist teilweise in die Weihnachtszeit, alle drei kamen trotzdem zustande.

Zusammenfassend ist der Stadtrat daher der Auffassung, dass sich eine Änderung der geltenden Regelung nicht aufdrängt - dies umso weniger, als sie erst vor kurzem im Zusammenhang mit der Totalrevision der Stadtverfassung geprüft und vom Parlament und Volk am 25. September 2011 bestätigt wurde. Sollte sich der Grosse Stadtrat anders entscheiden, müsste nach Auffassung des Stadtrates zumindest für das Referendum gegen den Voranschlag und die Festsetzung des Steuerfusses wie im Kanton die Frist von 30 Tagen beibehalten werden. "

Thomas Hauser (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

"Die neue Stadtverfassung ist noch nicht ein ganzes Jahr in Kraft - und schon kommt ein erster Punkt, den man ändern sollte. Dieser Punkt wurde aber im Vorfeld der Volksabstimmung nicht thematisiert. Es standen mehr die neuen Finanzkompetenzen im Zentrum der Kritik. In der vorberatenden Spezialkommission wurden aber die Unterschriftenzahl und die Referendumsfrist diskutiert, und man hat festgestellt, dass mit 600 Unterschriften beibehalten werden soll. Diese Zahl wurde seit der letzten Anpassung nicht verändert, obwohl sich die Bevölkerungszahl inzwischen verdoppelt hat und das Frauenstimmrecht dazu kam. So hat man sich relativ schnell darauf geeinigt, dass die Unterschriftenzahl und die Frist von 30 Tagen gleich bleiben soll,

denn eine Referendumsfrist von 60 Tagen kann, wir haben es gehört, die Stadtverwaltung beim Voranschlag oder Landgeschäften (beim Kauf oder Verkauf von Parzellen oder Objekten) in heikle Verzögerungssituationen bringen. Aus diesen Gründen neigen wir von der FDP-Fraktion eher zu einer Ablehnung der Volksmotion.

Andererseits ist auch festzuhalten, dass das fakultative Referendum ein wichtiges und zentrales Volksrecht ist, das aber nur dann Sinn macht, wenn man es sinnvoll nutzen kann. Es kann aber bei der Veröffentlichung von Beschlüssen des Grossen Stadtrates - vor allem vor langen Schulferien - zu unglücklichen Sammelterminen kommen, und aus diesem Grund kann man für die Volksmotion votieren.

Was macht man in dieser Situation oder anders gesagt, was gibt man für eine Fraktionsparole ab? Da einige FDP-Mitglieder noch hören möchten, was für Pro- und Kontra-Argumente während der Diskussion von anderen Votanten eingebracht werden, kann ich Ihnen keine eindeutige Parole verkünden. Es dürfte von allem etwas dabei sein: Ja, Nein, Enthaltungen."

Christa Flückiger (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

"Unsere Fraktion hat sich eingehend mit der Volksmotion "Faire Referendumsfrist" auseinandergesetzt und ist zum Schluss gekommen, diesen Vorstoss grossmehrheitlich, das heisst mit 3 Enthaltungen, nicht zu unterstützen. Lassen Sie mich die Erklärung dafür abgeben. Wenn Sie als Politikerin/Politiker oder aber auch als Privatperson ein Referendum ergreifen, geschieht dies mit der Erkenntnis, es werde absolut verantwortungslos und grob fahrlässig gegen das Gemeinwohl von Stimmberechtigten, Einwohnerinnen und Einwohnern entschieden. Mit anderen Worten, das Thema brennt unter den Nägeln, und es herrscht allgemeine Opposition gegen den Entscheid des Parlaments. Unmut, Missstände und Unzufriedenheit fordern auf, das Referendum zu ergreifen. Es genügt selbstverständlich nicht, wenn ich als Einzelperson gegen einen Entscheid kämpfen will. Ich bin auf eine breite Unterstützung angewiesen. Erhalte ich diese nicht, gelingt es auch nicht mit einer verlängerten Frist die nötigen Unterschriften einzuholen. Das Referendum wird schlicht und ergreifend gar nicht gewünscht.

Darum sind wir der festen Überzeugung, dass die heutige Regelung völlig ausreichend ist. Es ist zudem auch nicht bekannt, dass ein Referendum aufgrund einer zu kurzen Frist nicht zustande kam. Im Gegenteil, ist ein Referendum wirklich notwendig, haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Leute geradezu Schlange stehen, um ihre Unterschriften abzugeben. Hinzu kommt - und dies ist durchaus ebenfalls ein überzeugendes Argument - die moderate und für die heutige Anzahl der Stimmberechtigten nötige gesetzliche Unterschriftenzahl.

Man darf also in Bezug auf die benötigte Unterschriftenzahl von einer sehr kulanten Lösung sprechen. Da braucht es tatsächlich nicht noch eine doppelte Erhöhung der Referendumsfrist. Zudem überlegen Sie sich bitte, was geschieht bei einem Referendum gegen den Budgetbeschluss? Eine Erhöhung der Referendumsfrist von 30 auf 60 Tage? Schlicht ein Ding der Unmöglichkeit.

Die SP/AL-Fraktion plädiert für Erhalt der jetzigen Regelung und empfiehlt dem Rat, es ihr gleich zu tun."

Hermann Schlatter (SVP)**SVP/EDU-Fraktionserklärung**

"Die SVP/EDU-Fraktion serviert Einheitsbrei und unterstützt die Volksmotion „Faire Referendumsfristen“ einstimmig, denn alle, die schon Unterschriften gesammelt haben, wissen, wie schnell 30 Tage dafür vorbei sind.

Res Hauser hat den Vergleich zum Kanton angestellt, ich füge den Vergleich zum Bund an. Beim Bund werden 50'000 Unterschriften für ein Referendum benötigt, dafür stehen 100 Tage zur Verfügung. Im Vergleich zur Grösse der Eidgenossenschaft macht der Kanton Schaffhausen rund 1% aus. Werden diese 50'000 benötigten Unterschriften auf unseren Kanton heruntergebrochen, hätten wir 500 davon zu sammeln und 100 Tage Zeit dafür - also weit mehr, als dies die zu behandelnde Volksmotion fordert. Selbstverständlich gilt zu berücksichtigen, dass die Wege zum Bund länger sind, und Unterschriften vorgängig von den Gemeinden geprüft und beglaubigt werden müssen, was zusätzliche Zeit bindet. Wir meinen aber, dass beim Bund für die eigentliche Sammeltätigkeit wesentlich mehr Zeit zur Verfügung steht, als wir heute in unserer Stadtverfassung festgeschrieben haben.

Es muss im Interesse der Exekutive und der Legislative liegen, dass die Stimmberechtigten ihre Rechte auch wahren können. Fallen die 30 Tage in die Schulferien, wo das öffentliche Leben in Schaffhausen nahezu stillgelegt ist – ich erinnere Sie an den Grossstadtratswahlkampf während der letzten Herbstferien oder an die grossen Abwesenheit während der Sportferien - ist es unheimlich schwierig und aufwendig, die nötigen Unterschriften zu sammeln. Wem also etwas an der Wahrung der Volksrechte und der Verbesserung der direkten Demokratie liegt, der setzt sich für eine massvolle Verlängerung der Referendumsfrist, wie sie die Motion verlangt, ein.

1918 hatten wir tatsächlich andere Verhältnisse. Ich gehe aber davon aus, dass damals die Sammler auf dem Fronwagplatz wesentlich mehr Stimmberechtigte angetroffen haben als heute, da die Ausländerquote um einiges höher ist, und sie noch nicht unterschreiben dürfen. Hier haben wir auch gehört, dass es diesbezüglich Vorstösse geben wird. Ich könnte mich aber auch durchaus damit einverstanden erklären, dass man beim Budget und Steuerfuss eine verkürzte Referendumsfrist in die Verfassung aufnehmen würde.

Natürlich kann der Einwand gemacht werden, die einzelnen Geschäfte würden durch eine längere Referendumsfrist unnötig verzögert. Das kann allenfalls sein. Aber gerade beim jüngsten Referendum, demjenigen der AL gegen den Verkauf der Grundstücke im Hohberg, sind es die fixen Abstimmungstermine, die zur grossen Verzögerung führen, das heisst, selbst wenn wir heute schon eine 60-tägige Referendumsfrist hätten, müsste die Volksabstimmung wohl nicht später angesetzt werden.

Bitte verstehen Sie mich jetzt nicht falsch. Ich finde das eingereichte Referendum der AL in Bezug auf die Stadtentwicklung nach wie vor völlig fehl am Platz, und natürlich ist das Referendum primär dafür verantwortlich, dass diese Verkäufe nicht vorwärtsgebracht werden können. Ich wollte vielmehr aufzeigen, dass eine längere Referendumsfrist nicht automatisch zu einer längeren Verzögerung des einzelnen Geschäfts führen muss. "

Iren Eichenberger (OeBS)**OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

"Wir mögen weder Mus noch Brei, wir haben eine Meinung. Vom Sofa aus betrachtet

ist das Anliegen der Volksmotion und dessen Begründung durchaus nachvollziehbar. In 30 Tagen 600 Unterschriften sammeln, ist alles andere als gemütlich. Noch ungemütlicher aber ist es für die Stadt, wenn sie bei einem Budgetreferendum über Wochen und Monate hinweg mit einem provisorischen Budget leben muss und anstehende Projekte oder die definitive Lohnsetzung blockiert sind. Letztlich ist das Referendum als Handbremse der Bürgerinnen und Bürger gedacht, um Entscheide und damit verbundene Ausgaben zu verhindern oder zu reduzieren. Das ist ihr unbestrittenes Recht.

Wenn nun aber die Verlängerung zur Verkürzung verlangt wird, würde dies den Prozess in vielen Fällen über den nächsten Abstimmungstermin hinaus verzögern. Dies ist für alle Betroffenen nachteilig und mit Umständen und Kosten verbunden. Gerade dies kann nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sein. Was sollen wir also der Partei der Normalen sagen, die - wie die Referendumsführer meinen - benachteiligt sind? Drei Dinge:

1. Haltet die Ohren offen, dies ist die Voraussetzung zur Mitsprache. Die Demokratie beginnt nicht erst am Verhandlungstag im Parlament.
2. Wendet Euch an Sympathisantinnen und Sympathisanten aus dem Parlament, die Euer Anliegen mit einbringen können oder wendet Euch an die AL, die schon am nächsten Tag mit dem Referendumsbogen auf der Strasse steht. Dort kann man lernen. Im Übrigen hat schon Herrmann Schlatter darauf hingewiesen, unterstützen Sie das Ausländerstimmrecht, damit gewinnen Sie auch Unterschriftenspenderrinnen und -spender.
3. Sputet Euch, 30 Tage sind zwar kurz, aber lange genug, um 600 empörte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu finden. Wenn dies nicht gelingt, wird auch das Referendum keine Chancen haben.

Im Übrigen kann es vielleicht eine Hoffnung sein, wenn auch die Normalen eines Tages eine starke Partei werden. Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion lehnt die Volksmotion ab."

Martin Jung (AL)

Votum

"Das Anliegen der Jungfreisinnigen, die Teilhabe politisch engagierter Bürger zu erleichtern, ist der AL durchaus sympathisch. Allerdings finden wir es in der etwas distanzierteren Betrachtung - und da es auch keine Beispiele für gescheiterte Referenden gibt - ein bisschen übertrieben, die ganzen politischen Geschäfte mit einer Verlängerung zu verzögern. Wir können dem Jungfreisinn jedoch anbieten, dass wir eine Motion für die Reduzierung der Stimmenzahlen unterstützen würden."

SR Thomas Feuerer

"Wir sind Demokraten, aber in Respekt von diesem Parlament, vor dem Volk und der Verfassung werden wir 11 Monate nach Absegnung der neuen Stadtverfassung keine Änderung anzetteln. Dies ist der erste Grund, der zweite ist, dass die Jungen solche Meinungen haben dürfen, aber wir vertreten eine andere und haben das Gefühl, bisher mit der jetzigen Regelung gut gefahren zu sein. Stadtrat Peter Neukomm hat mir gesagt, dass damals, als er bei der Diskussion über die Stadtverfassung dabei war, genau diese Frage der demokratischen Instrumente in der vorberatenden Kommission und unter Einschluss sämtlicher Fraktionen vertieft diskutiert wurde. Man ist in Abwägung der verschiedenen Argumente zum Schluss gekommen, dass dies das Richtige ist. Die Thematik ist nicht einfach vergessen

gegangen, sondern es hat etwas mit der Modulierung unserer Spielregeln zu tun."

Res Hauser (JFSH)**Schlusswort**

"Bisher hätten 30 Tage für 600 Unterschriften immer gereicht - so lautet die Aussage. Obwohl es jetzt mehr Stimmbürger gibt, wenn man alleine auf dem Fronwagplatz ist, kann man nicht mit 5 Personen gleichzeitig sprechen. Das macht das Sammeln sehr schwierig. Die Aussage des Stadtpräsidenten war, dass das Internet helfen kann. Aber seien wir ehrlich, wenn nur ein Bogen ins Internet gestellt wird, kommen nicht viele Unterschriften zusammen. Man muss auf die Bürgerinnen und Bürger persönlich zugehen. Ein wichtiges Argument ist aber auch die Sammelzeit, denn viele arbeiten heutzutage ausserhalb des Kantons. Spät abends kann man keine Unterschriften mehr sammeln. Das ging früher besser.

Im Vergleich zum Kanton und Bund hinken wir hinterher, dort hat man 30 Tage mehr Zeit. Wir müssen zwar die Unterschriften vorher nicht beglaubigen lassen, aber das ist kein Grund. Das Budget kann auch zwei Wochen früher behandelt werden. Damit reichen die 60 Tage auch wieder, um das Budget per 1. Februar abzusegnen. Ansonsten wäre die Jungfreisinnigen aber auch mit einer Zwischenlösung von 30 Tagen für das Budget einverstanden. Zur Begründung, dass die Totalrevision erst vor einem Jahr hier im Rat diskutiert wurde: Es ist so, dass Alain Illi als Erstunterzeichner vom Volk her kommt. Er war nicht in dieser Kommission und konnte im Rat nicht darüber sprechen. Schliesslich ist es eine Volksmotion."

Schlussabstimmung

Der Grosse Stadtrat erklärt die Volksmotion mit 17:11 Stimmen nicht erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.**Traktandum 2 Postulat Christine Thommen vom 30. Oktober 2012:
Mehr Frauen in den Chefetagen der Städtischen
Verwaltung!****Christine Thommen (FDP)****Begründung**

"Lassen Sie mich gleich zu Beginn etwas vorausschicken: Ich bin kein Quotenfan. Ich halte Quoten überhaupt nicht und in keinem Bereich für das Gelbe vom Ei. Warum ich als Zielvorgabe einen bestimmten Frauenanteil im Kader von öffentlichen Verwaltungen aber trotzdem *jetzt* für nötig halte, und ich deshalb das Postulat eingereicht habe, möchte ich Ihnen kurz erläutern:

Zur Ausgangslage:

Der Frauenanteil an den hiesigen Universitäten steigt schon seit Jahrzehnten beträchtlich. Heute studieren knapp mehr Frauen als Männer. Frauen sind also sehr gut ausgebildet. Dennoch ist es ein Fakt, dass Frauen in Führungspositionen sowohl in privaten Unternehmen als auch in öffentlichen Verwaltungen im Vergleich zu ihren männlichen Arbeitskollegen nach wie vor stark untervertreten sind. Je höher sie nach dem Einstieg in den Arbeitsmarkt auf der Karriereleiter hochsteigen, desto näher rückt die gläserne Decke. Oder kurz: Je höher die Kaderstufe, desto geringer der Frauenanteil. Diese Tatsache ist seit längerer Zeit bekannt und dokumentiert und wird auch immer wieder diskutiert. Trotzdem hat sich innerhalb der letzten Jahre in den Führungsetagen so gut wie nichts zugunsten der Frauen verändert.

Nun könnte man ja dazu sagen: Na und? Lassen Sie mich kurz begründen, warum das „Na und“ eben nicht und unter diversen Aspekten nicht akzeptabel ist:

1. Seit rund 30 Jahren statuiert die Bundesverfassung, dass Mann und Frau gleichberechtigt sind. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist also formell auf Verfassungsstufe schon lange erreicht. Aber in der Praxis lässt sie im beruflichen Kontext wie dargelegt auf sich warten. Dies lässt den Verdacht aufkommen, dass wir es hier mit einem Gleichstellungsproblem zu tun haben, dass die verfassungsrechtlich garantierte Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt für Frauen bei der gläsernen Decke Halt macht. Das kann nicht hingenommen werden.
2. Zahlreiche Untersuchungen und Studien belegen, dass gemischt geschlechtliche Teams erfolgreicher und bessere Durchmischungen der Chefetagen profitabel sind. Unternehmen und öffentliche Verwaltungen profitieren nachhaltig davon, mehr Frauen in Managementpositionen zu haben. So zeigt die aktuellste Studie des Credit Suisse Research Institute, dass sich in den vergangenen sechs Jahren der Aktienkurs von Unternehmen mit mindestens einer Frau im Verwaltungsrat besser entwickelte als derjenige von anderen Firmen. Und das Auffallendste: Gerade in Zeiten von Baisse-Phasen, von wirtschaftlicher Unsicherheit, so die Studie, schneiden Aktien von Firmen mit weiblicher Präsenz auf der Kommandobrücke am besten ab. Die Erklärung ist einfach: Frauen haben eine andere Sicht auf die Dinge - keine bessere, aber eine andere. Das allein ist schon bereichernd für ein Unternehmen. Je mehr diskutiert wird, je mehr in Frage gestellt wird, umso mehr Raum entsteht für neue Ideen und für Kreativität.
3. Die Schweiz steuert auf einen Fachkräftemangel zu, und kann es sich daher schlicht nicht leisten, der Hälfte der gut ausgebildeten und für ihr Studium von der Gesellschaft teuer bezahlten Menschen den Aufstieg an die Spitze derart schwer zu machen. Nachdem sich die Meisten einig sind, dass es aus den genannten Gründen zumindest erstrebenswert ist, mehr Frauen in den Chefetagen zu haben, stellt sich nun die Frage, wie das bewerkstelligt werden kann:

Wer nun sagt, es müsse gar nichts bewerkstelligt werden, dies komme schon von ganz alleine, dem müssen Berechnungen der internationalen Arbeitsorganisation von 2006 entgegengehalten werden. Demzufolge dauert es, wenn Fortschritte im gleichen Tempo wie bisher stattfinden, noch 962 Jahre bis Frauen in der Schweiz in den Teppichetagen *gleichberechtigt* vertreten sind. Heute, 6 Jahre später, sind es zwar nur noch 956 Jahre, aber auch das ist zu lang.

Eine Frauenquote ist dafür sicherlich nicht das Allheilmittel, und schon gar nicht das einzige Mittel. Was es vor allem braucht, sind Strukturen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie flexible Arbeitszeitmodelle, ist die Einsicht, dass auch mit einem Teilzeitpensum eine Führungsposition wahrgenommen werden kann, und die Erkenntnis, dass einziges Beförderungskriterium nicht nur sein kann, ob jemand bis tief in die Nacht im Büro sitzt, sind konkrete Bestrebungen der Führungsetagen, Frauen vor allem auch intern aus dem unteren Kader nachzuziehen, gleichsam durch die gläserne Decke hindurch zu ziehen.

Eine Frauenquote ist also nicht die Lösung, aber sie ist meines Erachtens ein

geeignetes Mittel, einen Schrittwechsel eben genau in diese Richtung einzuläuten, den Prozess anzukurbeln und zu beschleunigen. Ohne Quote bewegt sich da in absehbarer Zeit viel zu wenig.

Nicht zuletzt werden die strukturellen Veränderungen, die ein höherer Frauenanteil mit sich bringen wird, zur nicht ganz unwichtigen Tatsache führen, dass die Teppichetagen kinderfreundlicher werden. Davon würden nicht nur Frauen, sondern auch Männer profitieren, die neben einer Karriere auch ein Familienleben möchten. Es könnte eine Teppichetage entstehen, die Kinder als Normalfall und nicht als Störfall definiert. Nicht zuletzt mit Blick auf die demographische Kurve ist es dafür höchste Zeit.

Sieben EU-Länder kennen heute übrigens gesetzliche Quoten von 30% bis 40% für börsennotierte Firmen, sogar das oft als Macholand verschriene Italien. Bis 2020, so ein Gesetzesentwurf, soll EU-weit eine 40%-Quote gelten. Erlauben Sie mir dazu noch folgende Bemerkung: Wenn die EU nun eine Frauenquote von 40% einführt und die Schweiz nur marginal wenige Kaderjobs an Frauen vergibt, wird dies einen beispiellosen Frauenabfluss von Schweizer Teilzeitpulten in europäische Aufsichtsräte zur Folge haben. Nebst all den oben genannten rationalen Argumenten, unter anderem auch aus Studien verschiedener des Feminismus unverdächtiger Player wie der Credit Suisse, gibt es dank der EU auch ein chauvinistisches Argument *für* die Frauenquote in den Schweizer Führungsetagen: Wir brauchen irgendeine Art von Frauenquote, sonst laufen uns die guten Frauen in die EU davon.

Nun, es gibt mehr oder weniger plausible Gründe, die gegen die Quote sprechen. Sicherlich werden solche im einen oder anderen Votum noch auftauchen, darum lassen Sie mich kurz schon einmal präventiv darauf eingehen:

Das Argument, dass der/die „Beste“, der/die „Geeignetste“ einen Job bekommen soll, sei geschlechterunabhängig: Wer dieses Argument ins Feld führt, suggeriert, dass sich in einem Bewerbungsverfahren der/die „Beste“, „Geeignetste“ objektiv eindeutig bestimmen lässt. Dem ist – das weiss jeder, der schon ein Bewerbungsverfahren durchgeführt hat – nicht so. Es spielen zahlreiche Faktoren eine Rolle, und Männerzirkel haben die Tendenz, Männerzirkel zu bleiben, was einem psychologischen Prinzip geschuldet ist: Man(n) wählt als Mistreiter jene aus, die einem selbst ähnlich sind. Sitzt ein Mann ganz oben und glaubt, vieles richtig zu machen, wählt er im Zweifelsfall (unbewusst) jemanden aus, der ihm ähnlich ist, also wieder einen Mann. Es sei denn, eine Quote regt ihn an, sein Blickfeld zu öffnen. Das Argument, dass der/die „Beste“, „Geeignetste“ einen Job bekommen soll, geschlechterunabhängig sei, greift also nicht, da sich dies objektiv nicht abschliessend bestimmen lässt.

Ein weiteres Argument: Es bewerben sich gar keine oder nur wenige Frauen für Führungspositionen. Daraufhin muss allen Unternehmen und Verwaltungen, die im unteren Kader eine stattliche Zahl Frauen haben, erwidert werden, dass sie bei der Förderung ihrer Mitarbeiterinnen offensichtlich ein Defizit haben, dass sie nicht (genügend) bemüht sind, Frauen aus unteren Kaderpositionen nachzuziehen.

Und zuletzt immer noch das oft gehörte Schimpfwort „Quotenfrau“. Niemand will eine Quotenfrau sein. Jeder, der in eine Kaderposition befördert wird, hat tendenziell mit irgendwelchen Vorurteilen und Gerüchten zu kämpfen, warum jetzt gerade er oder sie den Job gekriegt hat: Bei Männern, weil sie im gleichen Golfclub sind wie der

Chef, bei Frauen oft, weil sie eine Frau sind, das ist per se verdächtig. Das ist heute schon so, auch ohne Quote. Aber wer in eine Führungsposition will, darf eh kein Weichei, beziehungsweise keine "Weicheiin" sein; also wird er und sie solche Vorurteile auch wegstecken können. Und wenn Frau dann den Job hat, muss sie wie jeder andere auch ihre Leistung erbringen. Und wenn sie dies tut, wird sie mit ihrem Leistungsausweis den unschmeichelhaften Titel „Quotenfrau“ schnell ablegen können.

Ich hoffe, den letzten Zweiflern unter Ihnen geht es nach diesen Ausführungen gleich, wie es mir ergangen ist, nachdem ich mich intensiv mit diesem Thema auseinander gesetzt habe: Das Misstrauen gegenüber einer Quote schwindet, sie verliert ihren schalen Nachgeschmack, weil es schlicht keine Argumente gibt, die man ihr ernsthaft entgegen halten könnte - vor allem dann nicht, wenn sie in der Form gefordert wird, wie meine Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner und ich dies tun:

Wir fordern nämlich keine gesetzliche Quote. Wir möchten vielmehr, dass sich der Stadtrat selbst einen strategischen Zielwert, eine Zielvorgabe von einem Frauenanteil von 35% im städtischen Kader setzt. Die städtische Verwaltung belegt nämlich paradebeispielhaft die Ergebnisse, welche die Studien in dieser Frage hervorgebracht haben: Wie der Antwort des Stadtrates auf meine Kleine Anfrage vom 2. Mai 2011 „Frauenanteil im Kader der Städtischen Verwaltung“ zu entnehmen ist, beläuft sich der Frauenanteil im unteren Kader noch auf stattliche 63%. Im mittleren Kader nur noch auf 22,8% und im oberen Kader gar nur noch auf 15,4%. Es hat also mehr als genügend Frauen, die aus dem unteren Kader „hinauf gehievt“ werden können. Hierzu braucht es Überlegungen, Konzepte, wie Frauen intern besser gefördert werden können, was es für Rahmenbedingungen braucht, welche Arbeitszeitmodelle dienlich sein könnten und so weiter. Es braucht also ein Umdenken. Durch einen solchen Zielwert wird das Umdenken angekurbelt, es soll beschleunigt werden, um den Prozess doch noch schneller einzuläuten, als sich die tektonischen Platten bewegen.

Wir verlangen auch keine starre Quote. Wir sind uns bewusst, dass in gewissen Berufsfeldern, insbesondere in technischen Berufen, die Rekrutierung von Frauen sehr schwierig ist. Auch darum soll sich diese Zielvorgabe von 35% auf die Stadtverwaltung als Ganzes beziehen und nicht pro Bereich oder Abteilung erreicht werden müssen. Auch sollen keine Kündigungen ausgesprochen werden. Diese Zielvorgabe soll vielmehr nur durch Neuanstellungen erreicht werden. Wir haben daher auch keine gesetzliche Frist für die Erreichung dieser Quote gesetzt.

Kurzum: Der Stadtrat hat alle Freiheiten dieser Welt. Er soll sich „nur“ ernsthaft und vertieft und ohne sich auf die gängigen Vorurteile und Klischees zu berufen mit der Frage befassen, wie es gelingen kann, mehr, beziehungsweise verglichen zum Ist-Zustand um einiges mehr Frauen aus der unteren Führungsebene in seine Teppichetagen hinaufzubringen; Zielwert 35%, und dies dann auch entsprechend zu tun - nicht mehr und nicht weniger.

Die Verwaltung soll in dieser Frage mit gutem Beispiel vorangehen und eine Vorreiterrolle einnehmen, nicht zuletzt deshalb, weil sie mit Steuergeldern finanziert wird. In Finnland hat dies funktioniert: Dort haben die Unternehmen 2008 freiwillig eine Quote eingeführt, nachdem die Regierung mit gutem Beispiel vorangegangen war, indem sie 2006 in ihren Staatsbetrieben einen Frauenanteil von 40% festlegte. Heute haben in Finnland 86% aller börsenkotierten Betriebe Männer und Frauen im

Verwaltungsrat, 2008 waren es erst 51%.

Geschätzte Damen und Herren: Vor nicht allzu langer Zeit mussten der Zugang von Frauen zum Studium und das Frauenstimmrecht gesetzlich festgelegt werden. Mitunter braucht die Vernunft des Menschen einen kleinen Anstoss, ehe sie sich durchsetzen kann. Geben wir mit der Überweisung dieses Postulates diesen Anstoss.

Ich erlaube mir, auch gleich noch die Haltung der FDP-Fraktion anzufügen, soweit sie mir bekannt ist: Die FDP-Fraktion wird dem Postulat bei einigen Enthaltungen zustimmen. "

SR Peter Neukomm (SP)

Stellungnahme Stadtrat

"Heute beträgt der Frauenanteil in der Stadtverwaltung im unteren Kader 73.5%, im mittleren 22.8% und im oberen Kader 15.4%. Diese Zahlen alleine sind aber mit Vorsicht zu geniessen, weil in der Einteilung der Kaderstufen zwischen den städtischen und den privaten Altersheimen ein grosser Unterschied besteht. So gehören bei den städtischen Altersheimen zum Beispiel Stationsleitungen zum unteren, bei den privaten Altersheimen hingegen zum mittleren Kader. Würden also bei den städtischen Altersheimen die Kaderstufen gleich wie in den privaten eingeteilt, läge die Frauenquote im mittleren Kader deutlich über den 35%, nämlich bei 49.1% und im unteren bei 58.8%.

Der hohe Frauenanteil im mittleren und unteren Kader ist bei der Stadt vor allem darauf zurückzuführen, dass wir zahlreiche Stations-, Team- und Gruppenleitungen in Berufsgruppen haben, in denen generell mehr Frauen als Männer tätig sind, vor allem in den Bereichen Alters-, Jugend- und Kinderbetreuung. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass es bei uns auch Abteilungen gibt, übrigens auch in meinem Bereich, in denen nur Frauen arbeiten und für die wir bei Stellenmutationen auch schon explizit Männer gesucht haben, aber ohne Erfolg.

Die Antworten auf die Fragen des Postulats im Einzelnen:

1. Wie kann eine Frauenquote von mindestens 35% im mittleren und oberen Kader der Städtischen Verwaltung erreicht werden?

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Terminologie betreffend unterer und mittlerer Kaderstufe zwischen städtischen und privaten Altersheimen ist eine Frauenquote von mindestens 35% auf diesen Kaderstufen bereits erreicht.

Anders sieht es beim oberen Kader, also den Bereichsleitungen, aus. Der Stadtrat teilt die Auffassung, dass der Frauenanteil dort nicht ausreichend ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei den Stellenbesetzungen in diesen Bereichen oftmals gar keine Bewerbungen von Frauen eingehen. Dies hängt von verschiedenen - auch gesellschaftlichen - Rahmenbedingungen ab und wird vor allem von der Situation auf dem Stellenmarkt und den geschlechtsspezifischen Präferenzen für gewisse Berufsgattungen beeinflusst.

Zusätzlich muss bei Rekrutierungen in erster Linie berücksichtigt werden, wie eine sich bewerbende Person zum Stellenprofil und in die Abteilung passt. Dies geschieht zunächst unabhängig vom Geschlecht.

Der Stadtrat geht davon aus, dass in der Regel bereits heute Frauen den Vorrang erhalten, wenn in der Endphase einer Rekrutierung mehrere gleichwertige Bewerbungen von Stellenanwärterinnen und -anwärtern übrig bleiben. Es gibt also auch bei uns, das kann ich versichern, auch männliche Vorgesetzte und Stadtratsmitglieder, die keine Quoten für eine Sensibilisierung brauchen.

Eine Frauenquote von mindestens 35% im oberen Kader zu erreichen, ist eine äusserst anspruchsvolle Zielsetzung. Die Frage, mit welchen Massnahmen, die im Einflussbereich der Stadt liegen (zum Beispiel Teilzeitstellenangebote, Möglichkeiten von Home-Office, ausserfamiliäre Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Frauenförderung im Rahmen der Personalentwicklung), die Erreichung dieses Ziels positiv beeinflusst werden kann, erfordert vertiefte Abklärungen, die in der sehr kurzen Zeit seit der Einreichung des Vorstosses nicht zu tätigen waren.

Und im allerobersten Kader, also in der Exekutive, kann die Frauenquote von der Stadt nicht beeinflusst werden. Hier sind die Parteien gefordert, Kandidatinnen zu stellen, damit für den Souverän überhaupt eine Wahlmöglichkeit besteht.

2. Wie viele Jahre sind für diesen Prozess nötig?

Wie viel Zeit für diesen anspruchsvollen Prozess notwendig sein wird, kann kaum verlässlich prognostiziert werden. Denn hier spielen diverse äussere Einflüsse wie zum Beispiel die Verfügbarkeit von weiblichen Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt oder die Attraktivität des städtischen Angebots - inklusive Entlohnung - im Vergleich zur Privatwirtschaft, respektive anderen öffentlichen Arbeitgebern eine zentrale Rolle.

3. Ist der Stadtrat bereit, sich eine solche Zielvorgabe bei der Personalrekrutierung zu setzen?

Der Stadtrat geht, wie erwähnt, davon aus, dass in den meisten Bereichen bereits heute im Bewerbungsprozess für das mittlere und obere Kader bei gleicher Qualifikation und Eignung Frauen gewählt werden. Er könnte sich aber damit einverstanden erklären, ein solches Vorgehen als so genannt weiche Quote verbindlich festzulegen.

Weil der Stadtrat das grundsätzliche Ziel, künftig mehr Frauen in Kaderstellen zu beschäftigen, mit den Postulanten teilt, und er sich auch vorstellen könnte, einen Frauenanteil von 35% als Zielgrösse anzustreben, ist er bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Bei einer Überweisung des Vorstosses würde vertieft abgeklärt, mit welchen Massnahmen diese Zielerreichung positiv beeinflusst werden könnte. Dem Parlament wäre zu gegebener Zeit Bericht zu erstatten. Ich warne aber bereits an dieser Stelle vor zu hohen Erwartungen. Unsere Möglichkeiten sind beschränkt.

Da auf die Ausschreibung einzelner Kaderstellen, vor allem im technischen Bereich, oftmals keine einzige weibliche Bewerbung eingeht und der Stellenmarkt darüber hinaus für bestimmte Fachleute völlig ausgetrocknet ist, erweist sich eine zu starre Einschränkung bei der Wahl von Kaderstellen als problematisch. Dem Stadtrat ist es deshalb ein Anliegen, bereits an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass er das Instrument einer harten Frauenquote als falschen Weg und als nicht praktikabel erachtet. Das Risiko, dass einzelne wichtige Funktionen im städtischen Dienst, die für die Gewährleistung des Service Public zugunsten der Bevölkerung von erheblicher Bedeutung sind, wegen harter Quoten über längere Zeit nicht besetzt werden könnten, ist mit dem öffentlichen Auftrag der Stadt nicht vereinbar. Wie

erwähnt, können wir uns aber vorstellen, das Anliegen des Postulats künftig über eine so genannte weiche Quote zu fördern.

Ernst Spengler (SVP)**SVP/EDU-Fraktionserklärung**

"Sicher denken viele von Euch, dass die SVP/EDU-Fraktion das Postulat sicher ablehnt. Ich kann Euch verraten - ihr habt Euch nicht getäuscht. Dazu muss aber ganz klar festgehalten werden, dass dies nicht im Geringsten etwas mit "Hintansetzung" oder Geringschätzung der Frauen zu tun hat - im Gegenteil. Aus eigener Erfahrung kann ich bestätigen, dass es ohne die vielen tüchtigen Bäuerinnen schlecht bestellt wäre um den Bauernhof.

Nun zur Begründung der Ablehnung des Postulats: Wir wollen dem Stadtrat kein Quotenkorsett überstülpen. Der Stadtrat hat sich nicht mit Quotenarithmetik zu beschäftigen, sondern dafür besorgt zu sein, dass die Verwaltung bürgerfreundlich, effizient und kostengünstig arbeitet. Um dieses Ziel zu erreichen, ist er in der Pflicht, generell bei allen Stellenbesetzungen die bestgeeignete Person auszuwählen. Dies unabhängig davon, ob Frau oder Mann (Gleichberechtigung).

Dies und nichts anderes erwarten die Steuerzahlenden, die, wie im Postulat erwähnt, mit ihrem Obolus die Verwaltung finanzieren. Die Postulantin hätte ja selbst Gelegenheit gehabt, dafür zu sorgen, dass bei den letzten Stadtratswahlen der Frauenanteil im Stadtrat nicht auf null sinkt. Wenn in der Begründung des Postulats erklärt wird, dass in einer liberalen Gesellschaft die Quote ein mögliches Instrument zur Erreichung eines Zieles sei, ist dies für uns völlig unverständlich. Liberal heisst gemäss Duden: Freiheitlich, wenig Einschränkungen auferlegen. Fazit: Liberal und Quoten vertragen sich, wie der Teufel und das Weihwasser, nicht. Deshalb ist dieser Vorstoss abzulehnen.

Im Tagesanzeiger habe ich eine interessante Notiz aus der Stadt Zürich gelesen: Die Sozialdemokraten fordern im städtischen Kader eine Frauenquote von 35%. Frau Uttinger, Präsidentin der FDP-Frauen der Stadt Zürich, unterstützt dieses Anliegen, doch ihre Partei verbot ihr, diese Motion zu unterschreiben.

Zum Schluss kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen: Wenn man die Unterschriften unter dem Postulat studiert, könnte man leicht zur Gewissheit gelangen, die Postulantin sei in der falschen Partei."

Res Hauser (JFSH)**Bürgerlich-liberale Fraktionserklärung**

"Die bürgerlich-liberale Fraktion spricht sich in allen Bereichen und Ebenen gegen Frauenquoten und sonstige Quoten aus, so auch in diesem Fall. Um eine Arbeitsstelle zu besetzen, ist es wichtig, dass die Qualität beim Arbeitnehmer hoch ist und die gestellten Anforderungen erfüllt werden. Dies sollte dann auch der ausschlaggebende Faktor bei einer Anstellung sein.

Ein gut geführtes Unternehmen (und da zähle ich die Stadt Schaffhausen dazu) will die besten Leute in der Chefetage und sollte sich nicht durch das Geschlecht beeinflussen lassen. Uns ist es wichtig, dass wir eine hohe Qualität haben, egal, ob eine Frau oder ein Mann eingestellt wird.

Die bürgerlich-liberale Fraktion lehnt das vorliegende Postulat einstimmig ab."

Katrin Bernath (OeBS)**OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

"Das Postulat hat auch in unserer Fraktion zu angeregten Diskussionen geführt, obwohl oder gerade weil wir als einzige Fraktion eine Frauenmehrheit haben.

Wie bei jeder Forderung nach neuen Zielen oder Massnahmen, ist zuerst einmal die Frage zu stellen, was denn überhaupt das Problem ist:

- Eine unbestreitbare Tatsache ist, dass Frauen im mittleren oder oberen Kader über die gesamte Verwaltung hinweg untervertreten sind. Dies zeigen die Zahlen zum Frauenanteil auf verschiedenen Kaderstufen deutlich.
- Ob dies nun ein Problem ist oder nicht, ist nur teilweise anhand von unbestreitbaren Tatsachen zu beurteilen. Eine solche Tatsache ist, dass gemischte Teams besser funktionieren, wie zahlreiche Untersuchungen zeigen. (Als Nebenbemerkung dazu: Ich bedaure sehr, dass der Stadtrat in dieser Hinsicht in Zukunft wieder einseitiger wird).
- Die weitere Beurteilung, ob die Untervertretung von Frauen ein Problem ist, hat vor allem mit persönlichen Einstellungen zu tun und ist somit von jedem, beziehungsweise jeder einzelnen für sich selbst zu beantworten.

Wenn wir nun aus weiteren Gründen wie Gleichberechtigung oder Nutzung der Potenziale von gut ausgebildeten Frauen zum Schluss kommen, dass die Untervertretung der Frauen ein Problem ist, stellt sich als nächstes die Frage, was mögliche Lösungen sind:

- Am besten wäre natürlich, wenn sich das Problem von alleine löst. Diese Hoffnung habe ich aufgrund verschiedener Erfahrungen verloren. Sowohl in der Wissenschaft als auch in vielen Unternehmen sind die Strukturen und Verhaltensmuster so, dass viele Frauen noch immer an die so genannte "gläserne Decke" stossen.
- Aber ist denn die Quote eine Lösung? Meine Antwort dazu ist ein klares Nein - die Quote ist keine Lösung, sondern ein Ziel. Mit einer Quote wird ein Ziel formuliert, es ist aber offen gehalten, mit welchen Massnahmen dieses Ziel erreicht werden soll.

Eine Strategie, wie dieses Ziel erreicht werden kann, soll der Stadtrat, wie im Postulat gefordert, aufzeigen. Aus unserer Sicht sind dabei sowohl strukturelle Aspekte als auch grundsätzliche Fragen der Personalführung zu beachten:

- Bei den Strukturen können beispielsweise flexiblere Arbeitsmodelle, Teilzeitarbeit oder Co-Leitungen heute bestehende Hürden abbauen.
- Ein zentraler Punkt sind die Auswahlverfahren bei der Besetzung von Stellen, insbesondere von Kaderstellen. Mit einem bewussteren Auswahlverfahren sollen wirklich die besten Personen ausgewählt werden, und nicht diejenigen, die am lautesten auf sich aufmerksam machen oder sich am besten verkaufen können. Ein solches bewusstes Verfahren bedeutet auch, dass gute Leute - und dabei natürlich auch Frauen - aktiv gesucht werden, sowohl intern als auch extern.

Hier sehen wir den grössten Handlungsbedarf, aber auch das grösste Potenzial, wie Führungspositionen vermehrt auch mit Frauen besetzt werden können. So möchte ich noch einmal betonen, dass eine Quote nicht mehr und nicht weniger als ein klar messbares Ziel vorgibt. Wie das Ziel erreicht werden soll, ist in einer entsprechenden

Strategie weiter auszuformulieren. Dabei soll auch darauf Rücksicht genommen werden, dass die Ausgangslage in verschiedenen Bereichen ganz unterschiedlich ist und unterschiedliche Möglichkeiten, aber auch Grenzen bestehen, ob und wie der Frauenanteil im Kader erhöht werden kann.

Im Moment stehen aber die konkreten Massnahmen noch nicht zur Diskussion, sondern nur die Frage, ob sich der Stadtrat zu einem expliziten Ziel in Form einer Quote äussern soll.

Unsere Fraktion beantwortet diese Frage überwiegend mit einem Ja, und mit einer Mehrheit (die grösser ist als unsere Frauenmehrheit) wird das Postulat überwiesen."

Katrin Huber Ott (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

"Ich darf Ihnen die Fraktionserklärung der SP/AL-Fraktion verlesen. Die SP und AL unterstützen grossmehrheitlich das Postulat von Christine Thommen. Es ist erfreulich, dass gerade aus FDP-Kreisen die Frauen schweizweit dieses Thema aufgreifen - ein Anliegen nota bene, das die SP schon lange einfordert. Wir sind uns einig, wir wollen die besten Leute auf Spitzenpositionen. Allerdings würde es der Stadt gesellschaftspolitisch schon gut anstehen, wenn die Frauenquote zuoberst auf dem Treppchen sich verdoppeln würde.

Als Frau möchte ich hier aber auch klarstellen, keine Frau will und soll als so genannte "Quotenfrau" eine Kaderstelle erhalten, sondern im Vordergrund müssen klar ihre Qualifikation, ihr Leistungsausweis und ihr Können stehen, und damit will und soll sie primär überzeugen. Das soll auch in Zukunft Gültigkeit haben; es ist uns allen klar - auch der Postulantin - dass eine Quote nicht das allein seligmachende Allerweltsinstrument ist. Es geht uns nicht primär um die Quote, sondern um das gezielte Fördern von gut qualifizierten und fähigen Frauen in Kaderpositionen.

Der freie Markt hatte nun doch einige Jahrzehnte lang Zeit, um eine ausgeglichene Jobverteilung zwischen Mann und Frau auf der obersten Etage zu erreichen, und er hat es nicht geschafft. Selbst der Gleichstellungsartikel wurde vor 30 Jahren in Kraft gesetzt, aber noch immer schaffen wir es in der Stadt im mittleren Kader auf lediglich knapp einen Fünftel Frauen und im oberen auf lausige 15% aller Stellen. Man kann sich nun fragen, woran es wohl liegen mag - sicher nicht alleine am mangelnden Interesse seitens der Frauen.

Dem gilt es nämlich nun Abhilfe zu schaffen. Denn es ist klar erwiesen, geschlechterdurchmischte Führungsgremien sind erfolgreicher und effizienter, da sie vielschichtigere Lösungsansätze diskutieren. Zahlreiche europäische Staaten und internationale Betriebe, seit September auch das Berner Stadtparlament, haben erkannt, dass man alleine mit hehren Zielvorgaben und gutem Willen nicht mehr Frauen in die Chefetagen bringt.

Das Argument, es könnten sich ja schon jetzt jederzeit Frauen auf Kaderstellen melden und hätten die gleichen Chancen wie Männer, zählt nicht. Ich kenne zahlreiche bestqualifizierte Frauen, die keiner Arbeit nachgehen, und zwar nicht, weil sie nicht wollen, sondern weil die Organisation von Beruf und Familie für sie noch immer eine Herkulesaufgabe darstellt. Frauen mit Familie sind gegenüber Männern noch immer klar im Nachteil und bewerben sich schon gar nicht, da in unserer Stadt die Infrastruktur und die Rahmenbedingungen noch immer fehlen, um auch als Frau Karriere und Familie unter einen Hut zu bringen.

Christine Thommen fordert keine Quote, sondern sie beauftragt den Stadtrat zu prüfen, *wie* eine Quote von mindestens 35% Frauen in der städtischen Verwaltung erreicht werden kann. Es sind also Vorschläge und Möglichkeiten gefragt, wie der Frauenanteil auf der Chefetage erhöht werden könnte. Dazu muss man kein Magier sein, sondern sich schlicht der Gesellschaft anpassen: Der Stadtrat macht es ab 1. Januar vor, er arbeitet mit einem 70% Pensum, auch im mittleren und oberen Kader müssen in Zukunft Teilzeitpensen vermehrt möglich sein. Teilzeitliche Heimarbeit auch in Führungspositionen, wie es in vielen Betrieben bereits heute Alltag ist, muss eingeführt werden können.

Ein weiteres, leider noch immer nicht erfülltes Puzzleteil in unserer Gesellschaft sind gute Tagesstrukturen für Schulkinder. Das Fehlen von genügend schulnahen Hortplätzen, respektive Tagesschulen erschwert es Frauen, sich in einer verantwortungsvollen Stelle zu engagieren.

Wir investieren in junge Berufsfrauen und fördern sie in der Aus- und Weiterbildung, aber im besten Alter, wenn sie Kinder haben und arbeiten wollen, lassen wir sie im Stich und nehmen in Kauf, dass viel Know-how und damit auch investiertes Steuergeld auf der Strecke bleibt. Ist die Stadt bereit, flexibler zu werden und in die Infrastruktur zu investieren, bin ich überzeugt, dass sich Frauen finden werden, die gerne und gut Verantwortung an oberster Stelle in der Stadtverwaltung übernehmen.

Daher bitte ich Sie, überweisen Sie dieses Postulat, setzen Sie ein gesellschaftspolitisches Zeichen und lassen Sie den Stadtrat Vorschläge machen, wie auch die Stadt Schaffhausen fortschrittlich und modern den gut ausgebildeten und fähigen Frauen Kaderstellen im oberen Segment ermöglichen will.

Ich unterstütze im Übrigen auch mit derselben Vehemenz das Fördern von Männern im Lehrberuf oder in der Kinderbetreuung. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

Votum

"Ich stehe Quotenregelungen kritisch gegenüber. Ich habe im Bekanntenkreis bereits zwei Mal erlebt, was für Auswirkungen Quoten haben können. Ein Bekannter von mir, der über hervorragende Qualifikationen verfügt, erhielt an mehreren US-Spitzenuniversitäten keine Professur, obwohl er jeweils der beste Kandidat war. Einmal wurde ihm eine Frau vorgezogen, dann musste er zugunsten einer homosexuellen Person zurückstecken, schliesslich kam ein Angehöriger einer ethnischen Minderheit zum Zuge. Jedes Mal wurde ihm versichert, dass er der qualifizierteste Kandidat gewesen sei, aber aufgrund des Quotenregimes nicht zum Zuge gekommen sei. Ein anderer Bekannter von mir hat das gleiche an einer Schweizer Universität erlebt.

Wenn wir eine Frauenquote ernsthaft in Erwägung ziehen, dann stellt sich nämlich auch irgendwann einmal zwangsläufig die Frage, ob wir nicht auch noch andere Quoten zu Gunsten von anderen Gruppierungen machen müssen, um uns nicht dem Vorwurf der Diskriminierung auszusetzen. Ich denke hier eben zum Beispiel an Leute mit einer Behinderung, ethnische Minderheiten oder sonst irgendwelche Randgruppierungen. Das wäre die logische Folge davon. Ich sage aber nicht, dass ich das so will.

Ich habe nicht das Gefühl, dass mit diesem Vorstoss echte Frauenförderung gemacht werden kann. Im Gegenteil tragen solche Frauen dann das Stigma der

Quotenfrau. Ich bin überzeugt, dass wir Frauen gut und stark genug sind, unsere Kaderpositionen in der öffentlichen Verwaltung auch ohne Quotenregelung zu erreichen. Das Beispiel Bundesrat, wo zeitenweise vier Frauen - heute sind es noch drei - vertreten waren, zeigt ja, dass dies ohne Zwang sehr wohl in der heutigen Zeit möglich ist. Ich habe aber nichts dagegen, wenn man beispielsweise offen kommuniziert, dass bei gleichwertigen Bewerbungen Frauen oder aber auch Männer (wenn Frauen übervertreten sind, wie z.B. in pädagogischen Berufen) bevorzugt würden.

Und zu guter Letzt: Qualität definiert sich nicht über Menge!"

Urs Tanner (SP)

Votum

"Lieber Ernst Spengler, wir werden Deine Voten im Rat vermissen. Deine Gedanken zum Liberalismus führe ich hier nicht zu Ende, weil ich mich nicht in der Diskussion Landwirtschaft und freie Märkte verstricken möchte, zumal dies nicht das Thema des heutigen Abends ist.

Liebe Postulantin, weshalb Du den Vaterschaftsurlaub abgelehnt hast, begreife ich doppelt nicht. Zum Glück sind SP-Quotenmänner wie meine Wenigkeit nicht nachtragend. Seit Basler FDP-Regierungsräte mit schönen Frisuren am Freitagmorgen zu Hause bleiben, erstaunt mich von Baslerinnen gar nichts mehr, Christine Thommen.

Ich möchte zur Quote nur ein paar Zahlen sagen; entscheiden Sie selbst, ob es eine Quote braucht oder nicht. Meine Vorrednerin Katrin Huber Ott hat es sehr schön gesagt, der freie Markt versagt eben in diesem Falle.

- Männliche Chefärzte: 92%
- Männliche Zeitungschefredakteure: 98%
- Männliche Professoren: 90%
- Männliche Richter: 70%
- Männliche Sterneköche: 98%

Ich behaupte nicht, diese Zahlen seien für unsere Gemeinde irgendwie relevant. Das haben Sie sicherlich von mir auch nicht erwartet. Aber - und die Zahlen der Postulantin belegen dies auch auf lokaler Ebene - als trauriger Spiegel zeigt es deutlich, was wir als Gemeinde ganz sicher besser machen können. Stimmen Sie dem Vorstoss der FDP-Kollegin Christine Thommen zu, auch wenn dieser aus dem falschen Lager kommt. Dies kann ja eine Chance sein, sich liberal und frei weiterzuentwickeln.

Wir Minderheitsquotenmänner der SP stimmen auf jeden Fall diesem Vorstoss zu."

Edgar Zehnder (SVP)

Votum

"Ich denke, dies hat überhaupt nichts damit zu tun, dass wir etwas gegen Frauen haben. Ernst Spengler hat seine Meinung in seinem Votum dargelegt, und ich trete nun als Vertreter einer jüngeren Generation ans Rednerpult, und zwar mit folgender persönlicher Situation im Hintergrund: Ich gehöre einerseits zu den Männern, die im obersten Kader arbeiten, und habe andererseits eine Frau, die eine sehr gute Ausbildung hat und heute zum Glück wieder arbeiten darf und kann. Somit spüre und kenne ich das Problem der Quotenregelung aus eigener Erfahrung. Ich glaube aber,

dass die Quote der falsche Ansatz ist. Zudem kann ich nicht nachvollziehen, wie dieser Vorschlag aus einer freiheitlich denkenden Partei kommen kann. Darüber müssen wir aber nicht mehr länger diskutieren - auch wenn ich glaube, dass es gar nicht so dumm ist, wenn wir noch eine Weile diskutieren, dann lohnt es sich wenigstens, heute das ganze Sitzungsgeld einzustreichen.

Ganz und gar nicht nachvollziehen kann ich, welche Vorteile es für einen Mann haben soll, wenn er am Morgen früh aufsteht, 12 - 15 Stunden weg von seiner Familie arbeitet, schlussendlich müde und erschöpft nach Hause kommt und eigentlich gerne etwas mit seinen Kindern machen möchte, die aber dann vermutlich schon im Bett liegen. Den Vorteil, als Mann im Kader zu sein, muss mir jemand erst noch erklären.

Grundsätzlich ist eigentlich der Mann benachteiligt, und deshalb kann ich verstehen, dass Christine Thommen diese Frauenquote erhöhen möchte, damit vielleicht auch eine Möglichkeit besteht, Männer in diesem Bereich zu entlasten. Es ist ein sympathischer Vorstoss, aber ich sehe den vorgeschlagenen Lösungsansatz nicht.

Das Problem ist nämlich rein gesellschaftlich und hat nichts mit einer Quote zu tun. Davon, wie wir das lösen können, ist die Schweiz vielleicht wirklich noch sehr weit entfernt. Ich denke auch, dass es mehr als zwei Stunden Diskussion zu diesem Thema bräuchte. Ich habe mir selber auch schon Gedanken gemacht, wie ich eventuell mehr für meine Kinder zu Hause sein und wie meine Frau dafür mehr arbeiten könnte - dies ist ja schlussendlich die Forderung.

Bei den Lehrern haben wir die Situation, dass Lehrer eigentlich alle Chefs sind. Es gibt beinahe keine Jobs, wo es mehr Chefs wie bei den Lehrern hat - denn jeder einzelne führt 20 - 25 Kinder. Dort klappt es auch mit dem Jobsharing.

Jetzt soll mir aber jemand mal erklären, wie Jobsharing - dies ist grundsätzlich der Lösungsansatz, der mit einer Quotenregelung möglich wäre - auf der Chefetage funktionieren soll. Am Morgen wird etwas angewiesen, am Nachmittag oder am nächsten Tag wird es von einer Kollegin wieder korrigiert und damit entsteht "Treten an Ort". Es ist demzufolge in diesem Bereich nicht ganz einfach, eine Frauenquote einzuführen.

Das zweite Problem ist - sind wir einmal ehrlich - dass es gar nicht so viele Frauen auf dem freien Arbeitsmarkt gibt. Es wäre zu hoffen, dass die Frauen in der Schweiz bleiben. Von Vorrednern wurde gesagt, dass uns die Frauen davonlaufen werden, wenn wir so weitermachen. Ich sehe aber eher das Gegenteil. Sehr viele Frauen aus dem europäischen Bereich kommen in die Schweiz. Weshalb? Sicher nicht wegen der Quotenregelung oder wegen der Kinderkrippenplätze; ich kann bestätigen, dass wir hier 50 Jahre hinterher hinken. Es muss also einen anderen Grund geben.

Jetzt haben wir also das Problem, dass wir zu wenige Frauen haben, die ins Kader rekrutiert werden können, das heisst auf 100 Männer gibt es 10 Frauen. So viel intelligenter sind die Frauen nicht, dass wir unter diesen 10 vermutlich 5 Kadermitglieder finden; aber unter 100 Männern haben wir eine grössere Auswahl. Deshalb stehen die Chancen schon einmal viel besser, dass wir Männer rekrutieren können, da im Moment die Auswahl einfach grösser ist. Dies ist sicher ein ziemlich grosses Problem.

Es gibt natürlich auch Berufe, wo es keine Frauen hat. Ich denke speziell an meinen

Beruf; weder im Bauingenieurwesen noch in ähnlichen Berufen gibt es Frauen, die so etwas lernen. Sie können mir glauben, ich bin auch nicht der breite, kräftige Mann, der Gewicht "heben" kann - dies braucht es zwar in Führungspositionen auch nicht. Trotzdem gibt es keine Frauen in unserem Beruf. An einer Tagung mit Bauingenieuren werden von 100 Teilnehmenden eventuell zwei Frauen sein. Dies ist tatsächlich ein Problem, auch zum Teil wegen des Interesses von Frauen an technischen Berufen. Ich frage mich schon, ob man dies mit einer Quote regeln kann. Man kann ja schliesslich nicht von einer Frau verlangen, dass sie einen technischen Beruf lernt. Wir wären heute schon froh, wenn wir überhaupt - vor allem in den technischen Berufen - Kader finden würden.

Bei der Stadt gibt es viele ausgeschriebene Jobs, und ich bin sicher, dass eine Frau mit Handkuss eine Anstellung bekommt. Wir können dies nicht künstlich steuern; dieses Problem sehe ich eigentlich überhaupt nicht. Es fehlt in der Schweiz allgemein an Kader, ob Frau oder Mann. Wenn der Nachwuchs fehlt, wie sollen wir dies ändern? Wie der Regierungsrat von Basel, haben wir gehört - ich persönlich fände dies einen schönen Ansatz. Ich kann es mir zwar nicht gut vorstellen, wie das klappen soll, aber es kommt ja von Basel."

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum**

"Ich glaube, es war Gottfried Spengler, der gesagt hat, dass eben am meisten Unterschriften aus der Mittefraktion - man darf sie bezeichnen OeBS/CVP/EVP-Fraktion - kommen; und es wurde jetzt ein bisschen salopp der FDP zugewiesen. Ich hätte übrigens nie gewagt, die FDP als falsche Partei zu interpretieren, auch sie hat ihre Berechtigung. Ich bin froh, wenn auch dort Frauen sitzen, die etwas fordern und etwas leisten. Man kann es übrigens dieser Fraktion auch nicht vorwerfen, dass nur zwei mickrige Unterschriften unter dem Postulat stehen. Die eine ist diejenige der Postulantin, und sie ist die einzige weibliche Vertreterin in der Fraktion. Schon da fängt das Übel eben an. Also versuchen Sie, bei den nächsten Wahlen richtig zu steuern.

Es gibt aber noch etwas anderes, das ich in diese Diskussion einbringen möchte. Man darf nicht das Problem allein bei der Frauenrekrutierung/Frauenförderung suchen, obwohl beides wichtig ist, davon bin ich überzeugt und unterstütze dies auch. Aber ich glaube, man darf auch die Situation der Männer nicht vergessen. Es gab neulich eine interessante Studie, die bei Umfragen zu Tage brachte, dass 80% der Männer sagen, sie möchten gerne Teilzeit arbeiten, aber nur 20% tun es tatsächlich; bei den Frauen sieht das ganz anders aus. Ich denke, dieses Gleichgewicht muss stimmen, erst dann kommen wir einen Schritt weiter. Im Übrigen sind mir Quoten auch zuwider; aber ich würde nie eine Frau im Stich lassen, wenn sie mutig auftritt und etwas fordert. Ich unterschreibe darum und stehe auch auf dafür."

SR Peter Neukomm (SP)**Stellungnahme Stadtrat**

"Ich möchte noch etwas richtig stellen: Nach den Voten von Dr. Cornelia Stamm Hurter und Edgar Zehnder könnte der Eindruck entstehen, dass dieses Postulat eine harte Quote fordert und dass der Stadtrat durch seine Bereitschaft, diesen Vorstoss entgegenzunehmen, eine harte Quote unterstützt - dem ist nicht so.

Ich bitte Sie, den Wortlaut dieses Vorstosses genau zu lesen. Er verlangt keine harte Quote, der Stadtrat versteht unter Quote im Sinne dieses Postulates etwas anderes.

Er versteht eben genau das, was Grossstadträtin Katrin Huber Ott gesagt hat. Es ist eine Zielsetzung, mehr Frauen in Kaderpositionen zu bringen und bis zur Erreichung von 35% eben auch Massnahmen vorzuschlagen, um diese Zielerreichung positiv beeinflussen zu können. Das hat nichts mit einer harten Quote zu tun."

Christine Thommen (FDP)**Schlusswort**

"Vielen Dank für die engagierte Diskussion. Es ist wahrscheinlich doch nicht ein so unwichtiges Geschäft, wie man anfangs der Sitzung noch teilweise vermutet hat.

Zu SR Peter Neukomm: Es ist in der Tat nicht als starre Quote gedacht, sondern als weiche. Dies habe ich in meiner Begründung auch so erläutert. Auf die meisten Argumente, die gesagt wurden, bin ich schon präventiv eingegangen. Grossmehrheitlich ist mein Anliegen richtig aufgenommen und verstanden worden.

Katrin Bernath hat es richtig gesagt - die Quote ist ein *Ziel*, und es ist der Weg dazu, den ich gerne aufgezeigt hätte. Darum greifen die vorgebrachten Argumente, dass es zu wenige Frauen gibt, die sich bewerben, einfach nicht, und es geht auch nicht darum. Es geht darum, die *Massnahmen* zu schaffen, dass auch - zum Beispiel - die Frau von Edgar wieder mehr arbeiten kann, und er nicht so viel arbeiten muss.

Das sind genau die Wege dazu und die neuen Strukturen, die es braucht, und das ist der Denk- und Umstrukturierungsprozess, den ich in den Köpfen anregen möchte.

Eine kurze Bemerkung zu Ernst Spengler und zur falschen Partei: Ich verstehe nicht, was Frauenförderung mit Rechts und Links zu tun hat; dies übersteigt meinen geistigen Horizont. Im Übrigen haben die FDP-Frauen Schweiz genau diese Haltung eingenommen, und auch somit ist es eine Haltung der FDP. "

Ernst Spenger (SVP) stellt Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf.

Ratspräsident Dr. Raphaël Rohner (FDP) weist darauf hin, dass gemäss Art. 48 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates eine Abstimmung unter Namensaufruf durchgeführt wird, wenn sieben Ratsmitglieder es wünschen.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf mit 10 Stimmen gut.

Ratspräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP) gibt eine folgende ergänzende Erklärung zur Abstimmung unter Namensaufruf ab: In Art. 49, Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates ist wie folgt zu lesen: *Bei Abstimmungen unter Namensaufruf stimmt der Präsident mit. Bei Stimmengleichheit gilt derjenige Antrag als angenommen, für den der Präsident bzw. die Präsidentin gestimmt hat.*"

Schlussabstimmung:

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat mit 16:12 Stimmen, bei 5 Enthaltungen.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsident Dr. Raphaël Rohner (FDP) fragt nach, ob Alfred Tappolet (SVP) an seinem am Anfang der Ratssitzung gestellten Antrag auf das halbe Sitzungsgeld festhält.

Alfred Tappolet (SVP) hält nicht daran fest, sagt aber explizit, dass ein Geschäft nicht erst dann wichtig ist, wenn lange darüber gesprochen wird, sondern wenn der Inhalt wichtig ist.

Die nächste Sitzung findet am 11. Dezember 2012 statt.

Es handelt sich um eine Doppelsitzung mit Beginn 16 Uhr, einer stündigen Pause um 18 Uhr und open end. Das einzige zu beratende Geschäft wird die Botschaft des Stadtrates an den Grossen Stadtrat zum Voranschlag 2013 sein.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 19:53 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Die Protokollführerin:

Gabriele Behring

Veronika Michel